

Wie *politisch neutral* sind Basler Schulen?

Es ist heikel, wenn die politische Meinung der Lehrpersonen im Unterricht zum Vorschein kommt.

Im letzten Jahr löste eine Maturarbeit an der Kantonsschule Baden eine Debatte aus. Drei Maturanden hatten mittels Befragung herausgefunden, dass ein Drittel der Schülerinnen und Schüler den Unterricht als «eher links» geprägt wahrnimmt. Zwei Drittel hatten die Lehrpersonen zudem als «eher links» verortet. Der Ball wurde von der Regierung des Kantons Aargau aufgenommen. Der zuständige Bildungsdirektor gab eine Meinungsumfrage in Auftrag, um herauszufinden, ob die politische Neutralität an Schulen eingehalten wird. Auch in anderen Kantonen sind solche Studien ein Thema.

Ich erachte solche Umfragen für wichtig. Das Prinzip des politisch-neutralen Unterrichts sollte im Interesse aller sein – egal, ob von links oder rechts.

Doch ausgerechnet die SP probt den Widerstand gegen solche Untersuchungen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt ...

Auch in Basel wäre eine Befragung richtig. Immerhin gibt es ausreichend Beispiele dafür, wie wenig neutral Lehrpersonen sind. Ich höre von bürgerlich gesinnten Schülern und Studenten oft, dass Lehrpersonen persönliche Meinungen in den Unterricht einbringen oder gegen einzelne politische Parteien hetzen. Meistens betroffen davon ist die bürgerliche Seite, namentlich die SVP.

Jüngste Ereignisse belegen dies. So ist für mich nicht nachvollziehbar, wie der Rektor des Gymnasiums am Münsterplatz es zulassen konnte, dass Klimaaktivisten illegal die Schulaula besetzten. Statt

resolut durchzugreifen, liess sich Eugen Krieger lächelnd mit den Klimachaoten ablichten und legitimierte so den Hausfriedensbruch. Bis heute schweigt dazu das Erziehungsdepartement (ED), welches den Rektor für dieses Fehlverhalten hätte tadeln müssen.

Auch an weiterführenden Schulen, wie der vom Kanton üppig mit-alimentierten Fachhochschule Nordwestschweiz, können Ideologen von links aussen folgenlos wüten und Studenten umerziehen. Bekanntester Aktivist ist der aus Deutschland stammende Dozent Axel Schubert. Er leitet den Fachbereich Nachhaltige Raumentwicklung. Seine radikale Haltung zu Klimathemen lässt sich kaum mit einem Lehrauftrag vereinbaren. Regelmässig pöbelt er auf Twit-

ter gegen die SVP oder verlangt in einem BaZ-Interview, dass der private Wohnraum pro Person auf 35 Quadratmeter beschränkt wird – wobei er selber, der seit Jahrzehnten als Staatsangestellter den Lohn vom Steuerzahler bezieht, auf 65 Quadratmetern wohnt.

Kann ein Dozent, der so auftritt, politisch neutral unterrichten, oder geht die Hetze gegen Andersdenkende in den Vorlesungen weiter? Wie wird sichergestellt, dass er seine extremen Gedanken nicht mit den Studenten teilt? Auch hierzu schweigt das ED.

Gleiches gilt auch an der Universität Basel, welche leider immer weiter nach links abdriftet und jetzt gar, dem linken Woke verpflichtet, «All-Gender-WC» einführt. Auch dort ist

bekannt, dass an Vorlesungen Dozenten regelmässig gegen Positionen der SVP poltern und ihre Verachtung gegen bürgerliches Gedankengut zum Ausdruck bringen.

So ist der der SP nahestehende Staatsrechtsprofessor Markus Schefer bekannt dafür, dass er im Unterricht gegen die SVP schimpft. Auch Franziska Schutzbach, die einmal verlangt hat, dass Taxi- oder Fluggesellschaften keine SVPler mehr transportieren sollen, und so faktisch die Apartheid einführen wollte, kann dort weiterdozieren. Die Rektorin nahm die Antidemokratin stets in Schutz.

Um mich nicht falsch zu verstehen: Lehrpersonen dürfen eine politische Meinung haben. Heikel wird es, wenn

diese Meinung im Unterricht zum Vorschein kommt und die Neutralität nicht mehr gewahrt ist. Unsere Schüler dürfen nicht indoktriniert werden. Deshalb scheint eine Umfrage, wie der Aargau sie nun mutig in die Wege geleitet hat, auch für Basel-Stadt richtig zu sein. Ich bin gespannt, ob Regierungsrat Cramer, dem politische Ausgewogenheit und Korrektheit wichtig sind, den Mut hat, sich des Problems anzunehmen. Ist die Neutralität heute schon gewährleistet, hat er nichts zu verlieren. Gesinnungstüchtigkeit darf nicht wichtiger als Rechtstreue sein.



Joël Thüring
Grossrat SVP Basel-Stadt und BaZ-Kolumnist